

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantwortl. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, Mittwoch, den 23. November 1927.

106
Zweite Ausgabe.

Fortsetzung des Berichtes über die Beratungen des Budgets im Finanzausschuss.

Gemeinderat Kunschak wiederholt den Wunsch der Minderheit, dass ein Verzeichnis über die einlangenden Subventionsgesuche verfasst und den zuständigen Körperschaften vorgelegt wird. Das wurde früher immer gemacht. Aus diesem Verzeichnis hat man genau ersehen, welche Vereine um einen Gemeindebeitrag angesucht haben, welchen Antrag der Magistrat gestellt hat und man konnte dazu Stellung nehmen. Heute weiss die Minderheit überhaupt nicht welche Vereine um eine Subvention ansuchen, sie erfährt nur dann etwas, wenn die Mehrheit die Subvention bewilligt.

Gemeinderat Binder beschwert sich darüber, dass die Bezirksvertretungen immer mehr zu Exekutivorganen des Magistrates werden, ohne dass ihre Beschlüsse vom Magistrat beachtet werden.

Gemeinderat Angermayer erklärt, dass die städtischen Beamten noch lange nicht so bezahlt werden, wie vor dem Krieg. Die Ausrufe auf den Bund kann heute nicht mehr gelten, weil eine Bindung der Gehalte mit den Abgabenanteilen nicht mehr besteht. Die Finanzlage der Gemeinde ist hervorragend gut. Dabei ist man aber gegen die Angestellten hart. Im Voranschlag sind nur 20.000 Schilling für Vorschüsse eingesetzt ein gegenüber der grossen Zahl von Beamten geradezu lächerlicher Betrag. Auch die Kriegsinvaliden werden von der Gemeinde schlechter behandelt, als vom Bund. Die Vorrückung der definitiven Angestellten im Jahre 1925 kommt den Pensionisten überhaupt nicht zugute. Die Gemeinde klammert sich hier an eine Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes, durch die die Rechte der Pensionisten in einem gewissen Grade beschnitten werden. Der Redner wendet sich dann in längeren Ausführungen gegen die Einführung von Maschinen im Bürodienst, die seiner Meinung nach in einem zu grossen Umfang vor sich geht. Dadurch ist es unmöglich Arbeitslosen zu beschäftigen, die dann der Fürsorge zur Last fallen, was wieder den Steuerträger belastet.

Gemeinderat Angermayer tadelt schliesslich, dass Nichtsozialdemokraten von der Aufnahme in den städtischen Dienst ausgeschlossen sind. Er kritisiert, dass Bürgermeister Seitz eine Deputation der christlichorganisierten Beamtenschaft nicht empfangen habe. Der Standpunkt des Herrn Bürgermeisters ist ein unrichtiger. Auf dem Gebiete des Schulwesens sind die Elternvereine zu parteipolitischen Institutionen geworden. Die Entpolitisierung der Schule in dieser Beziehung sei äusserst dringend.

Gemeinderat Binder kritisiert, dass der Stand der Amtsgehilfen zu sehr verringert wurde, wodurch eine Ueberarbeitung der Amtsgehilfen erreicht wurde. Es sei auch der Gemeinde unwürdig, Rechte der Angestellten zu verkürzen und sich im Prozesse mit den Angestellten einzulassen. Schliesslich verlangt Gemeinderat Binder Aufklärung, wieviel freie Stellen auf Grund des Soldatenanstellungsgesetzes für das Jahr 1928 vorgesehen sind.

Stadtrat Speiser erwidert, dass eine volle Valorisierung der Bezüge der oberen und mittleren Beamten nur auf Kosten der Bevölkerungsinteressen möglich sein könnte. Was das Problem der Hilfe für verschuldete städtische Beamte anlangt, so hat die Gemeinde dafür fünfzig Milliarden

zur Verfügung gestellt. Ausserdem werden unverzinsliche Gehaltsvorschüsse gegeben. Die Behauptung, dass städtische Angestellte nach parteipolitischen Gesichtspunkten behandelt werden, ist unrichtig. Ebenso unrichtig ist auch die Behauptung, dass Aufnahmebewerber nach ihrer Parteikugehörigkeit behandelt werden. Bezüglich der Prozesse mit Angestellten weist Stadtrat Speiser darauf hin, dass ^{im Jahre 1926} beim Verfassungsgerichtshof von Bundesangestellten gegen den Bund 138 Beschwerden und Klagen erhoben wurden, von denen 30 stattgegeben wurde. Gegen die Gemeinde wurden nur 14 Beschwerden und Klagen erhoben, von denen zwei stattgegeben wurde.

Gemeinderat Binder beantragt dann die Streichung der Post von 2,743.900 Schilling für die Gemeindegewache. Der Antrag wird abgelehnt und der Voranschlag der Verwaltungsgruppe I (Personalangelegenheiten und Verwaltungsreform) angenommen.

Der Finanzausschuss verhandelt nun die Verwaltungsgruppe III (Wohlfahrtseinrichtungen, Jugendfürsorge und Gesundheitswesen). Stadtrat Professor Tandler berichtet, dass sich die Verbesserung der Lebenshaltung der Bevölkerung im grossen und ganzen sehr wenig im Budget widerspiegelt. Die Zahl der Pfründen und Aushilfen ist nicht zurückgegangen. Für das kommende Jahr ist eine Ausgestaltung der städtischen Anstalten vorgesehen, wie auch die Zahl der Mutterberatungsstellen besonders vermehrt wird. Die Fürsorge für das vorschulpflichtige Kind drückt sich in einer Vermehrung der Kindergärten aus. Was die Tuberkulosefürsorge anlangt, so ist geplant, die Lungenheilstätte Bellevue und San Pelagio ganzjährig zu führen. Eine Neuerung auf dem Gebiete des Wohlfahrtswesens wird die Errichtung von Wassermannstationen und Blutspenderstationen sein. Die Tuberkulosesterblichkeit ist in Wien um ein Minimum gestiegen, die Säuglingssterblichkeit hält in der Höhe der letzten zwei Jahre, nur die Sterblichkeit an bösartigen Geschwulsten ist im Steigen begriffen.

Gemeinderat Uebelhör stellt den Antrag, den Sammeltag für Arme aufzulassen.

Gemeinderat Binder wünscht, dass die Erhaltungsbeiträge individuell erhöht werden sollen und nicht erst systemweise nach einem Jahr, auch die Aushilfen sollen nicht schablonenmässig gegeben werden.

Gemeinderat Kunschak stellt die Anfrage, wieso im Voranschlag keine Post für die Pflöglinge und für das Personal des Bürgerversorgungshauses vorgesehen sei, worauf Stadtrat Tandler erwidert, dass im Ausschuss III die Auflassung des Bürgerversorgungshauses beschlossen wurde. Nichtsdestoweniger ist aber bis zur gänzlichen Auflösung des Bürgerversorgungshauses ein Pauschalkredit von 260.000 Schilling vorgesehen. Den alten Bürgern wurde für die weitere Unterbringung ein eigener Pavillon in Lainz oder ein Teil des Versorgungshauses in Baugarten angeboten. Das Bürgerversorgungshaus soll mit 1. Jänner nächsten Jahres aufgelassen werden.

Nach kurzen Anfragen der Gemeinderäte Angermayer und Binder ist die Verhandlung der Abschnitte Fürsorge für Erwachsene - Fürsorge für Kinder und Jugendliche - Gesundheitswesen - gemeinsame Wirtschaftsangelegenheiten der städtischen Wohlfahrtsanstalten - sonstige Wohlfahrt angelegenheiten und Beerdigungswesen abgeführt. Der Antrag des Gemeinderates Uebelhör auf Auflassung des Sammeltages für Arme wird abgelehnt und der Voranschlag der Verwaltungsgruppe III (Wohlfahrtseinrichtungen, Jugendfürsorge und Gesundheitswesen) angenommen.